



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 29. Juni 2020
Kantonsratspräsident Josef Wyss

M 265 Motion Bühler Adrian und Mit. über Corona-Krise für Innovationsoffensive und Bürokratie-Abbau nutzen / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement i. V. mit Finanzdepartement

Die Motion M 265 und das Postulat P 268 von Gaudenz Zemp über Konzeption und Prüfung einer kantonalen Regulierungsbremse werden als Paket behandelt. Folgende Anträge liegen zur Motion M 265 vor: Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung. Adrian Bühler ist nicht mehr im Rat vertreten. Die Motion wurde von Ludwig Peyer übernommen. Ludwig Peyer ist mit der teilweisen Erheblicherklärung einverstanden.

Folgender Antrag liegt zum Postulat P 268 vor: Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung. Fabrizio Misticoni und Urs Brücker beantragen Ablehnung.

Ludwig Peyer: Für die CVP ist die Reduktion der administrativen Belastung der KMU eine Daueraufgabe. Dieses Thema ist seit Jahren immer wieder auf unserer Traktandenliste, Corona hin oder her. Das ist auch gut so, denn unsere KMU sollen in erster Linie wirtschaften können und sich nicht übermässig mit Regulierungen herumschlagen müssen. Gerade in der jetzigen schwierigen Situation ist es wichtig, dass die Betriebe möglichst entlastet werden. Damit wir uns einig sind und uns richtig verstehen: Regulierungen sind wichtig und richtig, denn sie garantieren schlussendlich die Wirtschaftsfreiheit in unserem demokratischen Rechtsstaat. Es geht aber darum, die Regulatorien auf das Wichtige und das Notwendige zu beschränken und diese möglichst einfach und effizient zu gestalten. So verstehen wir auch das Postulat P 268. Wir sind einverstanden mit der teilweisen Erheblicherklärung der Motion M 265, die einen aktualisierten Planungsbericht in Aussicht stellt. Die Argumentation des Regierungsrates können wir nachvollziehen. Die CVP stimmt für die Erheblicherklärung des Postulats P 268.

Fabrizio Misticoni: Wir haben es heute immer wieder gehört: Wir müssen gut schauen, was wirklich Corona-bedingt und was einfach politisch gewünscht ist. Beim Postulat P 268 ist die Corona-Situation nur ein Vorwand, um das schon länger bekannte Anliegen des Gewerbeverbandes umzusetzen. Ich bin damit einverstanden, dass man die Krise nutzen muss, aber bitte nicht so. Zwei Äusserungen in diesem Postulat machen mir Sorgen. So heisst es dort: «Wie bei der Schuldenbremse schützt sich das Parlament letztlich vor sich selbst.» Ich frage mich, wie wenig hier der Funktion des Kantonsrates und den einzelnen Mitgliedern vertraut wird. Was das Postulat fordert, kommt faktisch einer Selbstentmündigung gleich. Weiter ist zu lesen: «Es wird zusätzlich helfen, bei den Lösungen bezüglich Klimawandel nicht in die Regulierungsfalle zu tappen.» Der öffentlichkeitswirksame Wandel in Klimafragen, den wir im letzten Jahr erlebt haben, und die grünen Äusserungen werden alle zu Lippenbekenntnissen, sobald es um Einschränkungen oder Regulierungen geht. Regulierungsbremsen können Nebenwirkungen und Fehlanreize zur Folge haben, das geht aus einem Bericht des Bundesrates zu diesem Thema hervor. Es

ist auch zu befürchten, dass politische Innovation und der politische Diskurs aussen vor bleiben. Zudem stellen sich mir einige praktische Fragen: Wie geht man mit Volksinitiativen um? Wie geht man mit Erlassen um, die übergeordnetes Recht umsetzen müssen? Was passiert, wenn die Regulierungsbremse genützt wird, um unbeliebte Regulierungsprojekte zu blockieren? Was passiert, wenn Gesetze bewusst unkonkret formuliert werden, sodass man erst auf Verordnungsebene sieht, was dies bedeuten würde? Ich glaube nicht, dass das im Sinn des Postulats wäre. Eine Regulierungsbremse muss überhaupt nicht heissen, dass es weniger Bürokratie gibt. Ich sehe den grossen Malus im demokratiepolitischen Verlust. Die IG Freiheit verleiht alljährlich den rostigen Paragraphen. Dieses Postulat würde zum rostigen Sargnagel für den parlamentarischen und demokratischen Prozess. Lasst uns Sorge zu unserer politischen Kultur tragen. Deshalb bitte ich Sie im Namen der G/JG-Fraktion, das Postulat P 268 abzulehnen.

Urs Brücker: Ich spreche zu beiden Vorstössen. Zum Postulat P 268: Kernpunkt des Anliegens ist, dass mittels eines qualifizierten Mehrs neue Regulierungen verhindert werden. Es soll also geprüft werden, ob es praktikable und der Verfassung entsprechende Regelwerke gibt, mit denen die Praxis des qualifizierten Mehrs eingeführt werden könnte. Das qualifizierte Mehr ist ein interessantes, aber auch ein sehr gefährliches Instrument. Gerade dort, wo kurzfristige finanzielle und wirtschaftliche Überlegungen den längerfristigen, nachhaltigen Betrachtungen gegenüberstehen, werden Entscheidungen vermehrt entlang der ideologischen Grenzen gefällt, was eine Abkehr von der Sachpolitik bedeuten kann. Insbesondere wird damit die Umsetzung von Innovationen in verschiedensten Bereichen mit Sicherheit eher verhindert. Innovationen kosten am Anfang immer Geld, brauchen Zeit, rentieren selten kurzfristig und benötigen naturgemäss auch das eine oder andere Regulatorium. Die GLP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Zur Motion M 265: Hier geht es um den Bürokratieabbau. Der Regierungsrat führt aus, dass die administrative Entlastung der KMU eine Daueraufgabe ist. Auch hier geht es wieder um Innovation. Es ist verstärkt darauf zu achten, dass, wenn man an der Innovationsförderung herumschraubt, der Fluss der finanziellen Mittel im Innovationsbereich nicht durch einen Abfluss an die Hochschule, die Wirtschaft und Innovationsförderungsorganisationen derart versiegt, dass die KMU am Schluss von diesen Geldern gar nichts mehr sehen. Eigentlich könnte man die Motion M 265 ablehnen, aber wir hoffen auf eine kluge Umsetzung in der Digitalisierungsstrategie und in der Innovationsförderung. Darum stimmt die GLP-Fraktion für die teilweise Erheblicherklärung.

Gaudenz Zemp: Die FDP unterstützt die Motion M 265. Wir erachten es deshalb auch als sinnvoll, dass die Regierung sagt, sie wolle einen Planungsbericht über die administrative Entlastung von KMU aktualisieren. Wir tragen aber auch den Entscheid der Regierung, zum gegenwärtigen Zeitpunkt von steuerlichen Anpassungen abzusehen. Die Strategie lautet: keine Steuererhöhungen und keine Sparpakete. Die FDP-Fraktion stimmt deshalb für die teilweise Erheblicherklärung der Motion M 265. Zum Postulat P 268: Das ist kein einfaches Geschäft. Man hat auf der einen Seite einen ausgewiesenen Bedarf, die Regulierungen im Griff zu behalten, in der langwierigen Bewältigung der Corona-Krise umso mehr. Die Regulierungen haben eine Komplexität erreicht, dass es effektiv zu Widersprüchen darin kommt und damit auch zu Rechtsunsicherheiten. Es kommen laufend Regulierungen dazu, ohne dass alte abgeschafft werden. Zudem hemmen die auswuchernden Regulierungen die Innovationskraft und lähmen kreative und unkonventionelle Lösungen. Auf der anderen Seite fehlt ein griffiger Ansatz, das ist uns bewusst. Wir suchen schon länger, und auch in anderen Kantonen wird gesucht. Jetzt ist aber durch den Druck der Corona-Krise der Moment, um einen Anlauf zu nehmen. Wir haben es bei der Schuldenbremse geschafft. Diese ist auch nicht einfach und ein Konstrukt, welches ganz klare Nachteile hat. Aber in der Summe ist es besser als keine Schuldenbremse. Wir haben deshalb das Postulat auch sehr defensiv formuliert, und wir erwarten kein Wunder, sondern eine Verbesserung des Status quo. Wir sind der Überzeugung, dass dies machbar ist. Wir freuen uns, dass die Regierung bereit ist, dies zu prüfen und die Erheblicherklärung beantragt.

Daniel Keller: Die SVP-Fraktion folgt der Regierung und unterstützt die teilweise Erheblicherklärung der Motion M 265. Wir sagen Ja zur Digitalisierungsstrategie und zur

Innovationsförderung. Inhaltlich nicht abgestimmte steuerliche Anpassungen scheinen uns jedoch im Covid-19-Kontext wenig sinnvoll oder zielführend. Dem sehr optimistischen Postulat P 268 stimmt die SVP-Fraktion zu. Ob die Konzeption und die Prüfung einer kantonalen Regulierungsbremse sich in der Praxis auch wunschgemäss umsetzen lassen, das steht auf einem ganz anderen Blatt. Rückblickend stellen wir konsterniert fest, dass uns der Glaube fehlt. Es ist daher wichtig, dass unser Rat im Rahmen eines Monitorings Regierung und Verwaltung laufend konstruktiv und kritisch begleitet. Es ist aber auch wichtig, dass sich das Parlament selber diszipliniert, gerade wenn es um kostentreibende Sonderwünsche und neue Regulierungen geht.

Simone Brunner: Ich spreche zum ganzen Paket. Die Motion M 265 beinhaltet verschiedene Massnahmen, welche auch die SP unterstützt. Die Forderung nach einem aktualisierten Planungsbericht über die administrative Unterstützung von KMU befürworten wir. Auch als sinnvoll beurteilen wir, dass Synergien zur Digitalisierungsstrategie und zur Innovationsförderung geprüft und bei Bedarf erschlossen werden sollen. Die Massnahme 3 über die Prüfung von steuerlichen Anpassungen und Transparenz lehnen wir ab. Darum folgt die SP-Fraktion dem Antrag der Regierung und stimmt für die teilweise Erheblicherklärung der Motion M 265. Zum Postulat P 268: Die SP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Wir sind der Meinung, dass die Bürokratie nicht noch mit einem noch grösseren Bürokratiemonster bekämpft werden sollte. Es gibt bereits genügend Instrumente zur Unterstützung des Auseinandernehmens und Entflechtens der Regulierungen – die Regierung listet einige Instrumente auf –, die aus der Feder der bürgerlichen Mehrheit in diesem Rat stammen. Ich möchte noch auf einen Satz aus dem Postulat eingehen: «Es wird zusätzlich helfen, bei den Lösungen bezüglich Klimawandel nicht in die Regulierungsfalle zu tappen.» Will die FDP jetzt einen griffigen Klimaschutz oder nicht? Falls ja, dann wird dieser nur mit einschneidenden Regulierungen möglich sein, es sei denn, die unsichtbare Hand leistet plötzlich Wunder. Ich bin überzeugt, dass Innovation und Kreativität bei Unternehmen auch möglich sind, wenn es Regulierungen gibt. Regulierungen sind notwendig. Gerade die Einschränkungen der letzten Monate für die Betriebe zeigen, dass Innovation und Kreativität trotzdem möglich sind. Wir danken für die Ablehnung des Postulats P 268.

Valentin Arnold: Auch die G/JG-Fraktion ist selbstverständlich für einen Bürokratieabbau. Wenn man aber die Motion M 265 genauer liest, sieht man, dass es darin offenbar auch darum geht, beim Umweltrecht oder bei den Sozialversicherungen Gesetze abzubauen. Das kann man machen, denn wenn man keine Gesetze hat, dann hat man auch am wenigsten Bürokratie. Die G/JG-Fraktion ist selbstverständlich auch für die Innovationsförderung, und wir hoffen, dass die Bürgerlichen auch noch dafür sind, wenn diese etwas kostet. Zu den Steuern schreibt der Regierungsrat selber, dass kein Bedarf nach Senkungen besteht. Das können wir voll unterstützen. Von mir aus könnte man die Unternehmenssteuer aber auch wieder erhöhen. Die G/JG-Fraktion ist auch für die Förderung der Digitalisierung und des Homeoffice, denn diese haben sich in der Krise bewährt und sollten weitergeführt werden. Wir sind mit dem Antrag der Regierung einverstanden und stimmen für die teilweise Erheblicherklärung.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Entlastungen von KMU durch effizientere Abläufe, Vereinfachungen, Digitalisierung und generell kundenfreundliche Dienstleistungen des Staates für Bürgerinnen und Bürger und die KMU – das ist eine Daueraufgabe des Kantons. Ich erinnere aber daran, dass nicht nur der Kanton Gesetze und Verordnungen erlässt, sondern dies wird auch vom Bund und den Gemeinden gemacht. Mir fällt auf, dass es in den letzten Jahren immer mehr Normen und Richtlinien gibt von Verbänden, gerade in der Bauindustrie, und diese sind ebenfalls quasi wie ein Recht anzuwenden und verursachen zusätzlichen Aufwand. Die Förderung von Innovationen ist uns ebenfalls ein grosses Anliegen und auch ein wichtiger Punkt in unserer Wirtschaftspolitik. Ich erinnere gerne an das Präsidentschaftsjahr von Regierungsrat Marcel Schwerzmann unter dem Motto: «Luzern ist ein Innovationsmotor». In der Corona-Krise haben wir die Startups mit Bürgschaften von 2 Millionen Franken (mit Bundesmitteln 6 Millionen) gestützt. Im Input-Papier «impLUs» der HSLU lautet ein

Handlungsfeld «Digitalisierung und Innovation». Ein weiteres Handlungsfeld heisst «(De-)Regulierung und Administration». Die zu diesen Handlungsfeldern definierten Stossrichtungen decken sich in weiten Teilen mit den Forderungen der vorliegenden Vorstösse. In den vergangenen Jahren haben wir zusammen mit dem Kantonsrat bereits verschiedene Anstrengungen unternommen, um die Regulierungsbelastung der Wirtschaft zu verringern. Wir werden Ihrem Rat einen aktualisierten Planungsbericht aus dem Jahr 2014 über die administrative Entlastung der KMU unterbreiten. Darin werden wir weitere bestehende Prozesse, Abläufe und Regulierungen auf Vereinfachungen hin überprüfen. Gleichzeitig werden wir auch prüfen, inwieweit die Digitalisierungsstrategie und die Innovationsförderung einfließen können. Hingegen wollen wir zum aktuellen Zeitpunkt von steuerlichen Anpassungen absehen. Auch eine Regulierungsbremse – und dies ist die Forderung des Postulats P 268 – soll als Massnahme im Sinn einer administrativen Entlastung für KMU geprüft werden. Das heisst, wir prüfen die Vor- und Nachteile und auch die Umsetzbarkeit. Es ist ein Prüfauftrag, wir sind offen dafür, was dabei herauskommt. Die Regierung beantragt, das Postulat P 268 erheblich zu erklären und die Motion M 265 teilweise erheblich zu erklären.

Der Rat erklärt die Motion M 265 teilweise erheblich.